

**Vereinbarung über den Verkauf einer Erstaufforstungsmaßnahme zur Anrechnung als
forst- und naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahme**

zwischen




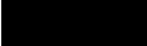
- nachfolgend Maßnahmenträger -

und

TransnetBW GmbH
Pariser Platz
Osloer Str. 15-17
70173 Stuttgart

- nachfolgend Vorhabenträger -

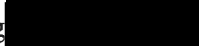
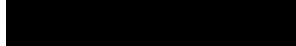
Präambel

Der Vorhabenträger beabsichtigt im Rahmen des Vorhabens „Projekt Netzverstärkung im
Raum Main-Tauber“ zu Kompensationszwecken eine Aufforstungsfläche 
 anzurechnen.

Der Maßnahmenträger verfügt über eine aufforstungsfähige Fläche, die für den
forstrechtlichen Ausgleich nach BWaldG i. V. m. BayWaldG geeignet ist. Der
Maßnahmenträger führt für den Vorhabenträger die Pflege und Sicherung der
Ersatzaufforstungsmaßnahme durch.

Die Erstaufforstungsmaßnahme soll neben dem forstrechtlichen Ausgleich zusätzlich auch als
naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahme im Rahmen der naturschutzrechtlichen
Eingriffsregelung angerechnet werden.

§ 1 Vertragsgegenstand, Rücktrittsrechte

- (1) Dauerhafte Bereitstellung einer Kompensationsmaßnahme aus einer
Erstaufforstungsmaßnahme gem. Aufforstungskonzept nach **Anlage 1** zur Anrechnung
im Rahmen forstrechtlichen Ausgleichs und der naturschutzrechtlichen
Eingriffsregelung (Anrechnungsberechtigungen) auf der Gemarkung 
Gemeinde  (Lageplan / Maßnahmenabgrenzung gem. **Anlage 2**).

- (2) Die Erlaubnis zur Erstaufforstung wird im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens eingeholt.
- (3) Das Grundstückseigentum bleibt unberührt.
- (4) Mit dem Kauf der Erstaufforstungsmaßnahme nach dieser Vereinbarung erhält der Vorhabenträger das alleinige Recht auf Anrechnung als forstrechtliche Ausgleichsmaßnahme (Ersatzaufforstungsmaßnahme i. S. d. Regelungen zur Walderhaltung nach BWaldG i. V. m. BayWaldG). Weiterhin erhält der Vorhabenträger das Recht, die mit der Erstaufforstungsmaßnahme erreichbare dauerhaft günstige Wirkung auf den Naturhaushalt und das Landschaftsbild als naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahme gem. 16 Abs. 1 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) anerkennen zu lassen und damit Verpflichtungen, die sich für ihn aus §§ 14 und 15 BNatSchG ergeben, teilweise oder vollständig zu erfüllen. Die Bewertung der naturschutzfachlichen Aufwertung und Abstimmung mit der zuständigen Behörde wird vom Vorhabenträger durchgeführt.
- (5) Die Zuordnung der Erstaufforstungsmaßnahme als forstrechtliche bzw. naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahme zu einem Eingriff erfolgt im Verfahren der Vorhabenzulassung. Die Vertragsparteien verpflichten sich, in enger Abstimmung alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um diese Anerkennung sicherzustellen.
- (6) Der Maßnahmenträger versichert, dass keine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Dritten bestehen, die der vertraglichen Nutzung der Erstaufforstungsmaßnahme als forstrechtliche bzw. naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahme entgegenstehen. Der Maßnahmenträger versichert weiterhin, dass keine Fördermittel in Anspruch genommen werden, die der Anrechnung als forstrechtliche bzw. naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahme entgegenstehen.
- (7) Der Vorhabenträger ist bis 30.06.2020 zum Rücktritt von diesem Vertrag berechtigt. In diesem Fall bestehen für den Maßnahmenträger und den Vorhabenträger wechselseitig keinerlei Ansprüche, insbesondere nicht wegen Nichterfüllung, Schadensersatz o.ä. Für bis zum Zeitpunkt des Rücktritts vorgenommene Zahlungen gilt § 9 Abs.5.
- (8) Der Vorhabenträger hat sicherzustellen, dass der aufzuforstende Wald auch nach Zuordnung zum geplanten Vorhaben entsprechend dem Aufforstungskonzept nach Anlage 1 bewirtschaftet werden darf. Der Maßnahmenträger ist zum Rücktritt von diesem Vertrag berechtigt, sofern eine sachgemäße Waldbewirtschaftung nicht möglich ist. In diesem Fall bestehen für den Maßnahmenträger und den Vorhabenträger wechselseitig keinerlei Ansprüche, insbesondere nicht wegen Nichterfüllung, Schadensersatz o.ä. Für bis zum Zeitpunkt des Rücktritts vorgenommene Zahlungen gilt § 9 Abs.5.

§ 2 Übertragung

Unabhängig von der Umsetzung der Erstaufforstungsmaßnahme wird das vertragsgegenständliche Grundstück ab sofort dem Vorhabenträger zu Kompensationszwecken zur Verfügung gestellt. Die Vertragspartner sind sich weiterhin darüber einig, dass etwaige Anrechnungsberechtigungen i. S. d. § 1 Abs. 4 mit beidseitiger Unterzeichnung dieser Vereinbarung auf den Vorhabenträger übergehen.

§ 3 Flächenbereitstellung, Dingliche Sicherung, Beendigung Pachtvertrag

- (1) Die Flächen, auf denen die in § 1 dieser Vereinbarung beschriebene Erstaufforstungsmaßnahme durchgeführt wird, befinden sich im Eigentum des Maßnahmenträgers.

Die Kompensationsmaßnahme ist auf folgender Fläche durchzuführen:

Gemarkung	Flurstück	Größe (in m ²)

Die aufzuforstende Fläche beträgt

- (2) Auf Verlangen der für die Zuordnung der Maßnahme zuständigen Behörde kann eine grundbuchrechtliche Sicherung der Duldung der Kompensationsmaßnahme erforderlich werden. Der Maßnahmenträger verpflichtet sich, die grundbuchrechtliche Sicherung der Maßnahme durch den Vorhabenträger zu gestatten. Notarkosten und Grundbuchgebühren der grundbuchrechtlichen Sicherung trägt der Vorhabenträger.
- (3) Der Vorhabenträger ist ebenfalls berechtigt, eine grundbuchrechtliche Sicherung der Duldung der Kompensationsmaßnahme zu verlangen. Notarkosten und Grundbuchgebühren der grundbuchrechtlichen Sicherung trägt der Vorhabenträger.
- (4) Der Maßnahmenträger wird für den Fall, dass eine Veräußerung oder sonstige Eigentumsübertragung der vertragsgegenständlichen Maßnahmenfläche oder einzelner Grundstücksteile erfolgen soll, im Benehmen mit dem Vorhabenträger rechtzeitig vor der Eigentumsübertragung zur Sicherung der Kompensationsmaßnahme zugunsten dem Vorhabenträger eine beschränkt persönliche Dienstbarkeit an dem betroffenen Grundstück/-steil bestellen. Die Erbringung der vertraglich geschuldeten Leistungen ist vom Maßnahmenträger durch geeignete Maßnahmen (z.B. Dingliche Sicherung, Betretungsrechte) sicherzustellen.
- (5) Zwischen dem Maßnahmenträger und den Pächtern besteht ein Pachtaufhebungsvertrag (**Anlage 3**) wonach der Pachtvertrag ab dem einvernehmlich endet. Die mit der Pachtaufhebung verbundenen Kosten übernimmt der Vorhabenträger in Höhe des in § 9 Abs. 3 genannten Entgelts.

§ 4 Maßnahmenträger, Maßnahmenbeginn, Maßnahmenumsetzung und Maßnahmenpflege

- (1) Beginn der Umsetzung der Erstaufforstungsmaßnahme nach Anlage 1 ist der auf die Genehmigung oder sonstige Zulassungsentscheidung des Projekts „Netzverstärkung im Raum Main-Tauber“ nächstmögliche Zeitpunkt. Die Pflanzmaßnahmen gem. Aufforstungskonzept nach Anlage 1 sowie Einzäunung / Verbißschutz werden vom Vorhabenträger durchgeführt. Der Vorhabenträger bzw. beauftragte Dritte sind berechtigt, die aufzuforstende Fläche jederzeit zum Zwecke der Maßnahmenumsetzung zu betreten.
- (2) Der Maßnahmenträger gewährleistet alle notwendigen Pflegemaßnahmen für einen Zeitraum von 25 Jahren. Der Pflegezeitraum beginnt mit Kulturbegründung. Darüber hinausgehende Pflegeverpflichtungen sind nicht Bestandteil dieser Vereinbarung und bedürfen einer Zusatzvereinbarung mit dem Maßnahmenträger.
- (3) Die Pflicht zur ordnungsgemäßen Waldbewirtschaftung verbleibt beim Maßnahmenträger. Für die ordnungsgemäße Umsetzung und Pflege der Erstaufforstungsmaßnahme und der diesbezüglichen Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen ist der Maßnahmenträger verantwortlich.
- (4) Sofern zur Umsetzung der Erstaufforstungsmaßnahme weitere Planungen, Genehmigungen etc. erforderlich werden (z.B. Umweltverträglichkeitsprüfung, artenschutzrechtliche Ausnahme), werden diese vom Vorhabenträger erstellt bzw. eingeholt.

§ 5 Gewährleistung

- (1) Der Maßnahmenträger gewährleistet die fachgerechte Pflege und Funktionssicherung der Erstaufforstungsmaßnahme. Im Übrigen gelten die Vorschriften des BGB.
- (2) Dem Vorhabenträger wird die Möglichkeit zur Durchführung eigener Gewährleistungskontrollen eingeräumt.

§ 6 Haftung

- (1) Der Maßnahmenträger haftet dem Vorhabenträger nicht in Folge höherer Gewalt. Die gesetzlichen Pflichten des Maßnahmenträgers als Waldbesitzer bleiben unberührt.
- (2) Der Maßnahmenträger haftet nicht für die Anerkennung und Zuordnung als forstrechtliche bzw. naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahme im Rahmen der Vorhabenzulassung, es sei denn, der Maßnahmenträger hat die Erstaufforstung nicht oder nicht entsprechend des Aufforstungskonzepts gem. Anlage 1 gepflegt / gesichert.

§ 7 Auskunftserteilung

Der Maßnahmenträger verpflichtet sich, während seiner Tätigkeit für den Vorhabenträger diesem jederzeit Auskunft über den Stand der Erfüllung seiner Verpflichtungen zu erteilen.

§ 8 Beauftragung Dritter

Der Maßnahmenträger ist berechtigt, sich bei der Erfüllung ihrer Leistungen sorgfältig ausgewählter Dritter zu bedienen.

§ 9 Entgelte

(1) Der Maßnahmenträger erhält für seine Leistungen folgende Entgelte:

a.) [REDACTED]. Ein Anteil in Höhe [REDACTED] wird mit Vertragsunterzeichnung fällig und durch den Maßnahmenträger in Rechnung gestellt. Der Restbetrag des Entgelts nach Abs. 1 [REDACTED] wird mit Genehmigung oder sonstiger Zulassungsentscheidung des Projekts „Netzverstärkung im Raum Main-Tauber“ fällig und durch den Maßnahmenträger in Rechnung gestellt. Der Vorhabenträger hat dem Maßnahmenträger die Genehmigung oder sonstige Zulassungsentscheidung des Projekts „Netzverstärkung im Raum Main-Tauber“ unverzüglich anzuzeigen.

b.) Für die Pflege der Maßnahmenfläche eine Einmalzahlung in Höhe von [REDACTED]. Der Betrag in Höhe [REDACTED] Euro wird mit Genehmigung oder sonstiger Zulassungsentscheidung des Projekts „Netzverstärkung im Raum Main-Tauber“ fällig und durch den Maßnahmenträger in Rechnung gestellt. Der Vorhabenträger hat dem Maßnahmenträger die Genehmigung oder sonstige Zulassungsentscheidung des Projekts „Netzverstärkung im Raum Main-Tauber“ unverzüglich anzuzeigen.

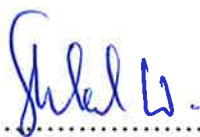
Die vorgenannten Entgelte verstehen sich als Nettoentgelte zzgl. MwSt. in der gesetzlich anfallenden Höhe.

(2) Die Herstellungskosten der Aufforstung (Kulturvorbereitung, Kulturbegründung, Verbißschutz und Nachbesserungen in einem Zeitraum von 3 Jahren ab Umsetzungsbeginn) gem. Aufforstungskonzept nach Anlage 1 trägt der Vorhabenträger.

(3) Die mit der Aufhebung des Pachtvertrages nach § 3 Abs. 5 verbundenen Kosten (Pachtaufhebungsentschädigung in Höhe von [REDACTED] wie eine

Erbshausen, 29.7.2019

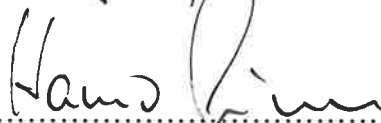
Ort, Datum



Maßnahmenträger

Ort, Datum

Stuttgart, 16.07.2019



i.V. Hanno Grimm



i.A. Nadine Kiefer

Vorhabenträger

AKTENNOTIZ

DATUM
21/08/2018
ANSPRECHPARTNER/IN
Dorothea Diez
BEREICH
Stab-R
TELEFON
+49 711 21858-3440
TELEFAX

E-MAIL
d.diez@
transnetbw.de

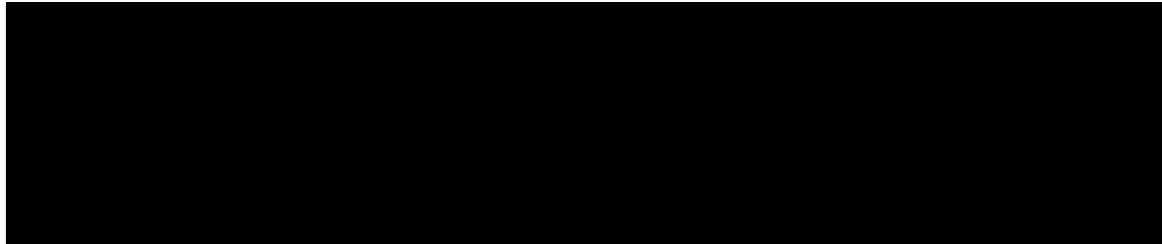
TransnetBW GmbH
Pariser Platz
Osloer Straße 15 - 17
70173 Stuttgart
Postfach 10 13 62
70012 Stuttgart



Anlage 3

Pachtaufhebungsvertrag

Zwischen



wird folgender Pachtaufhebungsvertrag geschlossen:

- 1.
2. Die Parteien sind sich darüber einig, dass die Fortsetzung des Gebrauchs der Pachtsache über den in Ziffer 1. dieses Vertrages vereinbarten Beendigungstermin hinaus, keine stillschweigende Verlängerung des Pachtverhältnis für das Grundstück zur Folge hat.
3. Der Pachtzins für das v.g. Grundstück für das Pachtjahr 2019, den der Pächter an dem Verpächter zu bezahlen hätte entfällt.
4. Die Pachtaufhebungsentschädigung in Höhe sowie die Aufwandspauschale in Höhe übernimmt der Vorhabensträger. Die Gesamtsumme, wird nach Vorlage des Pachtaufhebungsvertrages auf das .
5. Mündliche Nebenabreden außerhalb dieser Vereinbarung wurden keine getroffen. Änderungen und Ergänzungen bedürfen der Schriftform.

Gelesen und genehmigt.

Unterpleichfeld den, 31.10.2018

Unterschrift: Verpächter / Strobel

Unterschrift: Pächter / Fischer